

Briefe des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow an Gorbatschow und Kohl vom 2. März 1990

(Wortlaut)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ausgehend von unserer gemeinsamen nationalen Verantwortung für die angestrebte Herbeiführung der deutschen Einheit in Übereinstimmung mit den Vier Mächten und den europäischen Nachbarländern, darf ich Ihnen beiliegende Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Eigentumsverhältnissen zur Kenntnis geben.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, daß meine Regierung zunehmend von großer Sorge getragene Fragen von Bürgern, gesellschaftlichen Vereinigungen und Parteien erreichen, in denen Rechtssicherheit zu den Eigentumsverhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik im Zusammenhang mit den aufgenommenen Verhandlungen über eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft gefordert wird.

Darüber hinaus scheint es mir nicht nur unter dem Gesichtspunkt des deutschen Einigungsprozesses, sondern auch im Hinblick auf einen weiteren konstruktiven Verlauf der gesamteuropäischen Zusammenarbeit erforderlich, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Deutschen Demokratischen Republik entstandene Eigentumsordnung nicht in Frage zu stellen.

Ich darf die Erwartung zum Ausdruck bringen, daß auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Beachtung aller Umstände und Konsequenzen sowie in dem Bestreben, die Einigung Deutschlands zu fördern, sich diesem Standpunkt anschließt und ihn in den weiteren Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten mit zugrunde legen wird.

Sehr geehrter Michail Sergejewitsch Gorbatschow!

Die Sorge um die Sicherung eines ausgewogenen und konstruktiven Verlaufs des europäischen Prozesses sowie um ein geordnetes Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten, eingebettet in diesen Prozeß, bewegen mich, Ihnen als höchstem Repräsentanten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beiliegende Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Eigentumsverhältnissen zu übermitteln.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik geht davon aus, daß die Eigentumsordnung der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie sich nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone herausgebildet hat, bei Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland und auch in einem späteren einheitlichen Deutschland nicht in Frage gestellt werden darf.

Ich darf daher die Bitte äußern, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken mit ihren Rechten als Siegermacht des Zweiten Weltkrieges in bezug auf ein späteres Gesamtdeutschland sowie unter Nutzung ihres bedeutenden internationalen Einflusses für die Sicherung der Eigentumsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik eintritt.

Es war stets Anliegen der vielseitigen Zusammenarbeit unserer beiden Staaten und Völker, Grundlagen des Hitlerfaschismus zu zerschlagen und insbesondere durch die Schaffung des Volkseigentums sowie genossenschaftlicher Eigentumsformen soziale Errungenschaften für die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik zu gewährleisten und auszubauen.

Ein gemeinsames koordiniertes Auftreten der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Erhaltung der bestehenden Eigentumsordnung in

der Deutschen Demokratischen Republik könnte im einzelnen durch die Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten beider Seiten abgestimmt werden. Dies gilt insbesondere für die vorzubereitende Konferenz der vier Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten.

Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß meine Regierung in zunehmendem Maße von großer Sorge erfüllte Fragen vieler Bürger und gesellschaftlicher Organisationen erhält, die Rechtssicherheit fordern und ihre Erwartung äußern, daß vierzig Jahre harter Arbeit zur Schaffung und Mehrung des Volksvermögens der Deutschen Demokratischen Republik nicht umsonst gewesen sein dürfen.

Für eine positive Reaktion und Unterstützung der Deutschen Demokratischen Republik zu diesem aufgeworfenen Fragenkomplex wäre ich Ihnen im Namen des Volkes der Deutschen Demokratischen Republik dankbar.

„Frauen überschreiten Grenzen“

Aufruf von Frauen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit

Wir, Frauen aus wichtigen gesellschaftlichen Gruppierungen, parlamentarischen Parteien, dem kirchlichen Bereich, den Gewerkschaften und anderen Institutionen, wir Frauen sind in Sorge.

Wir sehen, daß viele Menschen sich von überstürzenden Entwicklungen überfordert fühlen.

Nationen, Staaten, Gesellschaftssysteme sind im Umbruch. Europa ist in Bewegung. Zunehmende Bevölkerungswanderungen von Osten nach Westen und Süden nach Norden verunsichern die Menschen zusätzlich. Dies trifft auf eine wachsende und sich beschleunigende Unübersichtlichkeit technischer und gesellschaftlicher Prozesse. Die Vertrautheit bekannter Umwelt und gesicherter Tradition schwindet. Angst vor der Zukunft, Irritationen und emotionale Abwehr sind bei vielen die Folge. Wir nehmen dies ernst und wollen, daß sich politische Vernunft und nicht Rattenfängermentalität in unserem Land durchsetzt.

Wir Frauen wissen um die Gefahren, die aus Haß, nationaler Überheblichkeit, Neid und Rassismus für den inneren und äußeren Frieden erwachsen. Darum wenden wir uns gegen Parteien und Tendenzen in der Gesellschaft, die Rassenhaß, Antisemitismus und gewissenlos menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit schüren.

Die einmalige Chance, in überschaubaren Schritten zum Weltfrieden zu gelangen, darf nicht zerstört werden.

Wir sind davon überzeugt, daß die Zukunftsaufgaben lösbar sind: nicht in Hektik und Schwarzmalerei, sondern in überlegter Ruhe, nicht in übersteigertem Nationalismus, sondern im Einvernehmen mit unseren Freunden und Partnern diesseits und jenseits der Grenzen.

Wir Frauen haben uns daher über parteipolitische, ideologische, weltanschauliche und konfessionelle Grenzen hinweg zusammen gefunden, um aus unserer Sicht zur Lösung der Zukunftsfragen beizutragen. Wir wollen unsere Lebenserfahrungen, unsere Gedanken und Phantasie in Staat und Gesellschaft einbringen. Dabei setzen wir uns dafür ein, daß Menschlichkeit unverzichtbares Gebot freiheitlicher Politik bleibt.

Die Freiheit, die wir im Westen haben und die die Menschen im Osten mit großem Einsatz erkämpften, bedeutet auch Mitverantwortung. Gerade in Zeiten des Umbruchs sind Besonnenheit, Umsicht und Vernunft erforderlich, um den Frieden zu bewahren und zu sichern.